wo es die Toponymie anbietet: im Raum zwischen Pripjet' und Karpaten sowie Dnjepr und unterer Weichsel. Hier finden sich alle slawischen Namen, die man sich nur wünschen kann. Ich sehe keinen Grund, dieses Gebiet gegen andere Territorien auszutauschen oder, wie die Vf.in meint, anzunehmen, es sei mit Hilfe hydronymischer Untersuchungen unmöglich, ein entsprechendes Gebiet überhaupt ermitteln zu können.

Sieboldshausen b. Göttingen

Jürgen Udolph

Joachim Zdenka: Polityka zagraniczna książąt szczecińskich w latach 1295–1411. [Die

Außenpolitik der Stettiner Herzöge in den Jahren 1295–1411.] Verlag Polskie Towarzystwo Historyczne, Oddział w Słupsku – Stowarzyszenie Społeczno-Kulturalne „Pobrzeże“ w Słupsku. Słupsk 1987. 313 S., 1 Stammtaf., 1 Kartenskizze.

Mit dem vorzustellenden Buch legt der Vf. seine von Kazimierz Jasiński betreute Doktorarbeit vor. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die auswärtigen Beziehungen des bei der Landesteilung von 1295 entstandenen (Teil-)Herzogtums Pommern-Stettin nachzuzeichnen; den zeitlichen Endpunkt setzt das Jahr des 1. Thorner Friedens. Unter Auswertung einer stattlichen Menge von gedruckten Quellen und von – überwiegend deutschen – wissenschaftlichen Abhandlungen sowie von archivalischem Schriftgut ist dem Vf. eine an Einzelheiten reiche Darstellung gelungen. Hinsichtlich der gedruckten Quellen und der Sekundärliteratur war offenbar Vollständigkeit erstrebt. Ob alle aufgeführten Archivalien auch wirklich eingesehen worden sind, wird nicht deutlich, insbesondere scheint der Zweifel hinsichtlich bereits edierter und dennoch – entgegen sonstigem Brauch – außer mit dem Druck auch mit Lagerort und Signatur genannter Archivalien sowie hinsichtlich des im Vorpommerschen Landesarchiv Greifswald verwahrten archivalischen Schriftguts berechtigt (die Aussage auf S. 6 stärkt den Zweifel).

Der Einleitung (S. 5–17), in der Quellen und Literatur vorgestellt werden, folgen fünf Kapitel: „Von der Entstehung des Herzogtums bis zum Aussterben der brandenburgischen Askanier (1295–1319)“ (S. 20–59), „Im Zeitraum der Kämpfe mit den Wittelsbachern um die politische Unabhängigkeit des Herzogtums und in den ersten Jahren des Friedens mit Brandenburg (1320/1323 – bis ungefähr 1347)“ (S. 60–136), „Vom Erscheinen des brandenburgischen Falschen Waldemar bis zur Übernahme der Mark durch die Luxemburger (1348–1373)“ (S. 137–188), „Vom Jahre 1374 bis zur Zeit der Erwerbung der Neumark durch den Deutschen Orden im Jahre 1402“ (S. 189–244), „Am Vorabend des Krieges zwischen Polen und dem Deutschen Orden (1403–1410)“ (S. 245–277) und eine abschließende Zusammenfassung (S. 278–287). Der Vf. geht innerhalb der Kapitel erzählend vor, wobei die quellenmäßige Grundlage auch in der Art der Darstellung stets überaus deutlich durchscheint. Das hat den Vorteil, daß Behauptungen meist leicht nachprüfbar sind, hat freilich die nachteilige Folge, daß die Darstellung, eine Aneinanderreihung von Ereignissen, mehr als spröde ist. Da eine unter die Kapiteleinteilung greifende Untergliederung fehlt und weder ein Personen- noch ein Ortsnamenindex vorhanden ist, ist das Buch für den, der Antwort auf Bestimmtes sucht, schwer zu benutzen.

Nacherzählung des Buchinhaltes erübrigt sich. Daß die Politik der Herzöge im Spätmittelalter weitgehend durch das Verhältnis zu dem mächtigen und dann – nach 1319 – gar nicht mehr so mächtigen Brandenburg bestimmt war, daß die Beziehungen zu den mecklenburgischen Herrschaften (z. B. wegen der den Wolgaster Vettern zufallenden rügischen Erbschaft), zum Deutschordensstaat, zu Polen und zu Dänemark und natürlich zur Reichsspitze (vor allem unter Karl IV. und Wenzel) das Wesentliche der auswärtigen Beziehungen der Stettiner Herzöge ausmachten, weiß der Leser dieser Zeitschrift ohnehin. Es sei stattdessen auf Fragwürdiges hingewiesen, das in der Art des Umgangs des Vfs. mit gängigen Einstellungen und Wertungen sowie – was mit Einstellungen zu

tun haben könnte – mit den Quellen liegt. Fragwürdig, weil anachronistisch, sind Formulierungen, die Denkmustern der Außenpolitik des 19. und des 20. Jhs. entsprechen: „propolnische Politik“ (S. 23), „im antipolnischen Lager der Wittelsbacher“ (S. 63), „in den antibrandenburgischen Block“ (S. 75), „in der antiluxemburgischen Koalition“ (S. 138). Anachronistisch und quellenfremd ist auch die wuchernde Verwendung der ein Konstrukt der Geschichtsschreibung des 19. Jhs. darstellenden Dynastie-Namen (Wittelsbacher, Luxemburger). Merkwürdig, aber bekannten Rastern verhaftet sind Wertungen, wonach etwa eine Entscheidung Ottos I. „unverständlich“ (S. 77) – gemäß wessen (Vor-)Verständnis? – ist oder für die Tatsache, daß sich die Pommern 1326 am Einfall Wladyslaw II. Ellenlang in die Mark nicht beteiligt haben, nur eine „gewisse Rechtfertigung“ (S. 78) vorhanden ist oder der Überfall auf Herzog Wilhelm von Geldern „als Erfolg der polnischen Politik“ (S. 210) zu betrachten ist. Die ingrimmige Fiktionierung auf das „aggressive“ Brandenburg (S. 24–27, 33, 42) ist ebenso überständig wie die Beschwörung „zaborczego państwa pruskiego“ (S. 275).

Nicht befreiend werden sich die meisten Leser mit Behauptungen, die quellenmäßig nicht gesichert, d. h. schlichtweg aus der Luft gegriffen sind. Die Behauptung, gemäß dem Teilungsvertrag von 1295 hätten die Herzöge bei Beteiligung an außerpommerschen Konflikten ihre Vasallen nicht aufbieten dürfen (S. 21), steht zum Wortlaut der Urkunde in Widerspruch. Der Satz, 1307 seien außer Cammin „sicherlich“ noch andere Städte von den Brandenburgern zerstört worden (S. 33), bleibt ohne Quellenbeleg. Falsch ist die Behauptung, die mecklenburgischen Herrschaften seien um 1315 von Brandenburg lehensabhängig gewesen (S. 41). Lehensansprüche sind zwar schon im 13. Jh. von Brandenburg erhoben worden; sie gipfelten in einer – freilich nicht vollzogenen – Urkunde von 1283 (Krabbo, Reg. 1358). Sie konnten jedoch nie durchgesetzt werden, und es ist auch nicht bekannt, worauf sie gründeten. Anders liegen die Dinge nur bei dem vor 1300 in mecklenburgischen Besitz übergegangenen Land Stargard. Unbewiesen und unbeweisbar ist die Behauptung, der Aufstand von 1316 gegen Erich IV. Menved sei „von brandenburgischer Seite inspiriert“ worden (S. 51). Das Regest Pommersches UB (PUB) V 3233 gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf einen – gar bewaffneten – Streit zwischen Otto I. und Markgraf Waldemar (S. 54). Die Urkunde PUB VI 3491 bietet nicht eine Beschreibung der Grenzen der Diözese Cammin, sondern eine solche der Grenzen des Stifts Cammin, und von der Uckermark ist darin überhaupt nicht die Rede (S. 67). Daß am 3. Dezember 1325 eine „formelle Wahl“ Wartislaw IV. zum Fürsten von Rügen stattgefunden habe (S. 78), ist eine durch die Urkunde PUB VI 3892 nicht gedeckte Behauptung, die sich von einem Irrtum Osieglowski herleitet. Daß 1328 ein Bündnis zwischen den Stettiner Herzögen und Kasimir III. von Polen zustande gekommen sei (S. 92), ist Vermutung. Obwohl nur wenig für die Annahme, zwischen Otto I. und Barnim III. einerseits und Kasimir III. andererseits sei 1337 in Posen ein Abkommen geschlossen worden (S. 108f.), spricht, glaubt der Vf. sogar, etwas über den Inhalt dieses „Abkommens“ aussagen zu können; darin sei „gegenseitige Hilfe bei der Rückgewinnung der vordem durch die Markgrafen entrissenen Länder“ vereinbart worden. Der 1337 in Posen vereinbarte pommersch-böhmische Vertrag ist in den beidseitigen Ausfertigungen erhalten (Zentralstaatsarchiv in Prag, Landesarchiv Greifswald). Warum sollten die Ausfertigungen eines gleichzeitigen pommersch-polnischen Abkommens Deperdita sein, wenn es denn ein solches gegeben hat?

Gegen die Geschichtlichkeit der Schlacht an Kremmer Damm von angeblich 1332 hat Edward Schröder vor 60 Jahren überzeugende Gründe vorgebracht; man sollte es dabei bewenden lassen (S. 99). Daß Barnim III. 1367 an dem Krakauer Monarchentreffen teilgenommen habe (S. 169), kann aus keiner Quelle erschlossen werden.

Berichtigend anzumerken ist ferner, daß Graf Johann V. von Gützkow 1351 auf pommerscher – nicht, wie behauptet wird (S. 149) – auf mecklenburgischer Seite gefallen ist.

Er war nicht, wie der Vf. zu glauben scheint, der letzte Gützkower; sein Vatersbruder Johann IV. starb erst nach 1359. Daß König Wenzel bei vielen seiner den Nordosten des Reiches betreffenden Handlungen, z. B. bei seinem Eingreifen in den Streit um das Erzbistum Riga in den Jahren nach 1393 (S. 228–239), nicht als König von Böhmen, sondern als römisch-deutscher König aufgetreten ist, muß dem Vf. bekannt gewesen sein; er macht es allerdings dem Leser nicht deutlich (auch auf S. 205 anläßlich der Erhebung von Johann Brunonis zum Bischof von Cammin).

Wertvoll sind da und dort angestellte quellenkritische Überlegungen (z. B. S. 185 f.) und auf scharfsinniger Befragung der Quellen beruhende Datierungen von Ereignissen (z. B. S. 235 f., 269, 273).

In der Natur einer Besprechung liegt es, daß die Schwachstellen einer Veröffentlichung mehr herausgearbeitet werden als ihre Vorzüge. Es soll aber nicht der Eindruck erweckt werden, als handle es sich bei des Vfs. Buch nicht um eine sehr brauchbare Darstellung. Ihre Schwächen wären zudem großteils leicht zu vermeiden gewesen. Alles in allem: Mit Z.s. Untersuchung liegt eine nützliche, von bewundernswertem Fleiß und großer Gründlichkeit zeugende, quellennah gearbeitete Behandlung eines wichtigen Gesichtspunktes der mittelalterlichen Geschichte Pommerns vor.

Erfurt

Rudolf Benl

Historia Pomorza. [Geschichte von Pommern.] Bd. 3 (1815–1850.) Hrsg. und eingel. von Gerard Labuda. T. 1: Gospodarka, społeczeństwo, ustrój. [Wirtschaft, Gesellschaft, Verfassung.] (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk.) Verlag Zakład Historii Pomorza Instytutu Historii Polskiej Akademii Nauk. Poznań 1993. 441 S., 33 Abb. i. T.

Zunächst skizziert Gerard Labuda die Grundzüge der Geschichte von „Pomorze“ – gemeint ist damit der Raum von Vorpommern bis zum Memelland – in der ersten Hälfte des 19. Jhs. Nach seiner Meinung werden sie von der preußischen und der polnischen Komponente gestaltet, wobei er „preußisch“ mit „deutsch“ gleichsetzt, weil die deutsche Reichsgründung von Preußen und nicht von Österreich ausgegangen sei. Diese These ist insofern fraglich, als von Preußen in der Zeit des Biedermeiers und des Vormärz – sieht man einmal von dem fortschrittlichen Zollgesetz von 1818 ab – keine wesentlichen Impulse zur nationalen Einigung der Deutschen ausgegangen sind und Österreich der dominierende Faktor im restaurativen System des Deutschen Bundes gewesen ist. Diskussionsbedürftig ist auch die Behauptung, die Oberpräsidenten Theodor von Schön und Eduard von Flottwell hätten eine entscheidende Rolle bei der Germanisierung ihrer Provinzen gespielt. Die entscheidende Phase der Germanisierung wurde vielmehr erst durch den Kulturkampf in den 1870er Jahren ausgelöst.

Anschließend charakterisiert Bogdan Wachowiak die wichtigsten Quellen und Veröffentlichungen zur Geschichte von „Pomorze“ in diesem Zeitraum. An erster Stelle ist die zentrale Überlieferung der preußischen Geschichte im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin zu nennen, das inzwischen die Rückführung seiner nach Merseburg ausgelagerten Bestände abgeschlossen hat. Wichtige Bestände liegen darüber hinaus im Vorpommerschen Landesarchiv Greifswald und in den polnischen Staatsarchiven Stettin und Köslin vor. Das Literaturverzeichnis läßt erkennen, daß nach 1945 weitaus weniger auf deutscher als auf polnischer Seite über das eigentliche Pommern gearbeitet worden ist. Für den ostpreußischen Bereich sieht es wegen der nach Westen verlagerten Bestände des Königsberger Staatsarchivs etwas anders aus.

Im folgenden Kapitel behandelt Stanisław Salmonowicz die territoriale Einteilung und die politische Verfassung der unter „Pomorze“ subsumierten Gebiete zwischen 1815 und 1850. Der Vf. bezeichnet die Zeit bis 1848 als eine Phase der büro-